



Düsseldorfer Verkehrsforum 2017

11. Oktober 2017, Congress Center Düsseldorf

Dokumentation der Projektgruppe 6: Verkehrssicherheit

In der Projektgruppe wurde von den etwa 15 teilnehmenden Bürger/innen die Problematik diskutiert, dass trotz immer sicherer werdender Kraftfahrzeuge die gefühlte Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer/innen abnimmt. Besonders schwächere Verkehrsteilnehmer/innen wie Fahrradfahrer/innen und Fußgänger/innen, welche aber entscheidend zum umweltfreundlichen Verkehr beitragen, sind von dieser Entwicklung betroffen. Die Projektgruppe beschäftigte sich deshalb mit der Vision der verkehrssicheren Stadt Düsseldorf im Jahr 2030 und welche Grundlagen dafür heute bereits geschaffen werden müssen.

Als Einstieg in das Thema gab Stephanie Addicks (Abteilung Verkehrsregelungen im Amt für Verkehrsmanagement der Landeshauptstadt Düsseldorf) einen Einblick über die Aktivitäten der Stadt zum Thema Verkehrssicherheit. Dabei skizzierte sie zwei zentrale Handlungsfelder, in denen die Stadt aktiv sei. Zum einen bemühen sich die Verantwortlichen um eine zunehmende Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer/innen. So habe die Stadt beispielsweise gemeinsam mit der Verkehrswacht Düsseldorf eine Aktionswoche zum Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“ durchgeführt. Mit dieser Aktion sollten die Verkehrsteilnehmer/innen unter anderem für das große Problem der Smartphone-Nutzung im Straßenverkehr sensibilisiert werden. Im Rahmen der Aktion seien auch Piktogramme und Graffitis auf der Straße getestet worden, welche die Smartphone-Nutzer/innen auf Gefahrenstellen hinweisen sollten.

Um gezielt auch junge Verkehrsteilnehmer/innen im Umgang mit Gefahren im Straßenverkehr zu schulen, biete die Stadt Düsseldorf ein umfangreiches Verkehrserziehungsprogramm in Bildungseinrichtungen an. Besonders in unteren Jahrgangsstufen steht Verkehrserziehung auf den Lehrplänen. Darüber hinaus versuche die Stadt mit Aktionen wie den Verkehrssicherheitstagen oder dem Walk-to-School-Day, bei dem Elterntaxis entgegengewirkt werden soll, Kinder zur sicheren Teilnahme am Straßenverkehr zu befähigen. Bei diesem Anliegen sollen auch Schulweghelfer und Kinderverkehrspläne, welche sichere Schulwege zeigen, unterstützen.

Das zweite Handlungsfeld der Stadt zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr seien konkrete bauliche oder betriebliche Maßnahmen. Darunter falle beispielsweise die Überlegung, abseits Schulen Hol- und Bringzonen für Eltern einzurichten. Doch nicht nur die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer/innen stehe im Fokus, auch die Belange von anderen Personengruppen, z.B. von Personen mit eingeschränkter Mobilität, z.B. Senioren,- sind im Fokus der Stadt Düsseldorf. Zudem spiele beim Thema Verkehrssicherheit auch die Verkehrsüberwachung und -kontrolle eine wichtige Rolle. So könnten durch die Errichtung zusätzlicher Geschwindigkeitstafeln die Autofahrer/innen weiter sensibilisiert werden.

Im Anschluss an den Input durch Frau Addicks diskutierten die Teilnehmer/innen, wie die Verkehrssicherheitskampagne der Stadt Düsseldorf weiterentwickelt werden könnte. Dabei waren sich alle einig, dass die Achtsamkeit aller Verkehrsteilnehmer/innen weiter gefördert werden muss. Die Diskussionsteilnehmer/innen regten an, dass die Stadt künftig möglichst deutsche statt englische Namen für ihre Aktionen verwenden sollte.



Für junge Verkehrsteilnehmer/innen und Jugendliche seien Schulungen und Bildungsmaßnahmen besonders wichtig. Die Verkehrswacht wies jedoch auf die rechtlichen Hindernisse hin, dass solche Maßnahmen nur durch Kampagnen und auf freiwilliger Basis funktionieren würden, da lediglich in Grundschulen eine umfassende Verkehrserziehung im Lehrplan vorgeschrieben sei.

Für das Problem der Smartphone-Nutzung im Straßenverkehr und den damit verbundenen Gefahren sahen die Diskussionsteilnehmer/innen die Piktogramme am Boden als nützliche Maßnahme an. Auch hier wurde von der Verkehrswacht Düsseldorf auf die rechtlichen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung hingewiesen, welche das Aufbringen von Straßenmarkierungen stark reglementiert. Somit zeigte sich in der Diskussion, dass die Stadt künftig mehr Handlungsspielräume braucht, um innovative Konzepte zu testen und umzusetzen.

Positiv wurde angemerkt, dass in bestimmten Bereichen bereits eine Verbesserung der gefühlten Sicherheit erreicht wurde. So wurde die Rheinbahn gelobt, die ihre Straßenbahnfahrer/innen in den letzten Jahren darin geschult habe, beim Anfahren an Haltestellen auf langsame Verkehrsteilnehmer/innen verstärkt Rücksicht zu nehmen. Solche Sensibilisierungsmaßnahmen bestimmter Akteure sollten auch in Zukunft weitergeführt werden.

Im Verlauf der Diskussion standen weitere Sicherheitsmaßnahmen im Fokus, welche die Stadt zum Teil bereits heute umsetzen könne. Dabei gingen die Diskussionsteilnehmer/innen überwiegend von ihnen bekannten Problemstellen aus und formulierten daraus allgemeine Ideen und Anregungen für die künftige Straßenverkehrsregelung in Düsseldorf. Ein wichtiges Thema dabei war die Geschwindigkeitsregelung in der Stadt. Hier wurden zum einen stärkere Kontrollen gefordert, von einzelnen Teilnehmern aber auch eine Ausweitung des Tempolimits auf 30 km/h angeregt. Frau Addicks verwies insoweit auf die restriktiven Rahmenbedingungen, gerade auch in rechtlicher Hinsicht. Das Pilotprojekt der Stadt zu Tempo 30 auf Hauptstraßen, welches an drei Stellen in der Stadt bis 2018 umgesetzt wird, wurde von den Teilnehmer/innen begrüßt und auch Interesse an den Ergebnissen bekundet.

Als weiteres Gefahrenpotenzial, besonders für schwächere Verkehrsteilnehmer/innen wie Radfahrer/innen und Fußgänger/innen, wurde von den Diskussionsteilnehmer/innen der ruhende Verkehr identifiziert. Zum einen seien parkende Autos eine Sichtbehinderung vor allem für Kinder, zum anderen seien an bestimmten Stellen schräg parkende Autos eine konkrete Gefahr für Radfahrer/innen. Ebenfalls eine Gefahr für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen seien Großbaustellen. Im Sinne einer verkehrssicheren Stadt sollten die Belange der unterschiedlichen Nutzergruppen stärker berücksichtigt werden, von einem Teilnehmer wurden insoweit an einer Großbaustelle im Wege der persönlichen Anschauung ungeschickte Regelungen bemängelt. Dies gelte generell für Verkehrsregelungen durch Markierungen, Beschilderungen und Ampelschaltungen, welche künftig einfacher und eindeutiger gestaltet werden sollten. Auch die Abschaffung aller Beschilderungen und die Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer/innen für eine mitdenkende und achtsame Teilnahme am Straßenverkehr wurde in diesem Rahmen diskutiert. Das Konzept der „Shared Spaces“ sollte aus Sicht der Diskussionsteilnehmer/innen auch für Düsseldorf geprüft werden.

Eine weitere Zukunftsvision der Teilnehmer/innen war die stärkere Nutzung von digitalen Aufzeichnungsmöglichkeiten zur Identifikation von Problemen der Verkehrssicherheit. Dabei wurden sowohl Datenlogger, welche die Daten während der Autofahrt protokollieren, als auch Dashcams diskutiert. Beide Systeme haben aus Sicht der Diskussionsteilnehmer/innen große Potentiale für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, da sie vorsorgend zu mehr Achtsamkeit führen und bei Bedarf die Daten zur besseren Ermittlung von Unfall-



hergängen genutzt werden können. Daher beklagten die Diskussionsteilnehmer/innen die rechtlichen Hindernisse und warfen die Frage auf, welcher Datenschutz der Bevölkerung wirklich wichtig sei. Die Teilnehmer/innen waren sich darin einig, dass das Thema Datensicherheit im Jahr 2030 unter anderen Augen betrachtet werden würde.

Digitale Tools könnten aber auch in anderen Bereichen der Verkehrssicherheit genutzt werden. So könne die Kommunikation zwischen den Verkehrsteilnehmer/innen digital unterstützt und dadurch gestärkt werden. Beispielsweise könnten konkrete Gefahrenquellen Autofahrer/innen oder Smartphone-Nutzer/innen direkt auf ihr Display gemeldet werden.

Über die verschiedenen Problemfelder und Lösungsansätze hinaus waren sich die Diskussionsteilnehmer/innen ebenfalls einig, dass eine Neuverteilung des Verkehrsraums im Sinne der Sicherheit für die Zukunft notwendig sei. Ob Menschen einen Weg zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen, habe auch viel damit zu tun, wie sicher sie sich dabei fühlen. Ein größeres Sicherheitsgefühl der schwächeren Verkehrsteilnehmer/innen könne demnach zur nachhaltigen Mobilität beitragen.

Gleichzeitig solle aber auch Mut gegenüber Innovationen im Straßenverkehr vorhanden sein. Die Rechtsvorschriften müssten mehr Spielraum für innovative Verkehrsmittel wie z.B. „Boosted Boards“ (mit einem Elektroantrieb ausgestattete Skateboards) oder „Segways“ (elektrisch angetriebenes Einpersonen-Verkehrsmittel auf zwei Rädern) bieten, um auch neue Arten der Fortbewegung rechtssicher zu ermöglichen. Diese Forderung solle die Stadt stärker an den Bund kommunizieren und auf entsprechende Änderungen von rechtlichen Vorgaben drängen.

Zum Abschluss der Diskussion hatten die Diskussionsteilnehmer/innen noch die Gelegenheit, auf einer Straßenkarte von Düsseldorf konkrete Gefahren- und Problemstellen zu markieren und zu beschreiben (siehe Anhang). Dieses Vorgehen zeigte, wo konkreter Handlungsbedarf besteht und welche Maßnahmen die Stadt Düsseldorf angehen kann, um die Sicherheit im Straßenverkehr zu fördern.

Als Kernbotschaften nahmen die Teilnehmer/innen mit, dass zum einen die Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer/innen zu gewährleisten sei, um so eine Verkehrsteilnahme für alle Bürger/innen attraktiv und sicher zu gestalten. Zum anderen müsse die Nutzung innovativer Verkehrsmittel rechtlich ermöglicht werden. Für diesen Zweck müsse die Stadt die Bedarfe an die zuständigen Stellen kommunizieren, um eine solche Nutzung auch rechtlich zu ermöglichen.

Moderation der Projektgruppe: Anabel Eichel, IFOK GmbH



Themenschwerpunkte der Projektgruppe 6

